



Niederschrift

Nr. 12

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der VRR AöR am Donnerstag, den 29.11.2012, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Essen, Ribbeckstr. 15, Raum 2.20

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzender

Herr Volker Mosblech

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Bernd Flügel, Herr Frank Gensler, Herr Guido Görtz, Frau Rosemarie Liedschulte, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Martin M. Richter, Frau Monika Sauerwald, Herr Bernhard Simon, Herr Günter Zöllner

SPD ordentliche Mitglieder

Herr Lothar Beine, Herr Georg Berner, Herr Volker Dittgen, Frau Sigrid Eicker, Herr Bernd Goerke, Herr Dipl.-Ing. Peter Klunk, Herr Friedhelm Lueg, Herr Klaus Meyer, Herr Frank Müller, Herr Dirk Plaßmann

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Frau Martina Foltys-Banning, Herr Dietmar Gaida, Herr Hans-Peter Vorsteher

FDP ordentliche Mitglieder

Herr Michael Ruppert

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Heidenreich

SPD stellvertretende Mitglieder

Herr Heinz-Jürgen Scharmacher

Berater/Gäste

Herr Jürgen Eichel, Herr Frank Michalzik, Herr Jürgen Schirmer

Verwaltung

Herr Till N. Ponath, Frau Gabriele Rating

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Thomas Schäfer

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 21.09.2012
2. Sachstandsbericht Z/VIII/2012/0363
3. eTicketing-Strategie im VRR M/VIII/2012/0374
4. Anfragen und Mitteilungen

Herr Mosblech eröffnet die öffentliche Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Tarif und Marketing der VRR AöR fest.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR erklärt sich mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

1. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 21.09.2012**

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR genehmigt einstimmig und ohne Ergänzung die Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing vom 21.09.2012.

2. **Sachstandsbericht**
Vorlage: Z/VIII/2012/0363

Herr Mosblech verweist auf die Vorlage.

Im Hinblick auf das tarifliche Pilotprojekt der EVAG zur Modifizierung der Mindestabnahmemenge von Tickets beim Großkundenangebot in Kooperation mit der IHK in Essen wünscht sich die **CDU-Fraktion** zukünftig eine Beschlussvorlage bei gleichartigen Pilotvorhaben.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** weist darauf hin, dass auf den Trägerkarten bzw. Wertmarken beim SozialTicket neben der Firmierung „Mein Ticket“ weiterhin die Firmierung „SozialTicket“ aufgebracht ist. Das Wort „SozialTicket“ wird z.B. bei Ticketkontrollen von Nutzern als diskriminierend empfunden, und sollte aus diesem Grund nicht weiter genutzt werden.

Weiterhin weist die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** darauf hin, dass die Pilotphase zum metropolradruhr ausläuft. Eine Weiterführung bzw. Ausdehnung, auch über die bereits in der Pilotphase verwirklichten Regionen hinaus auf andere Regionen des VRR, sollte angestrebt werden.

Die **FDP-Fraktion** fragt an, inwieweit die finanziellen Auswirkungen des Tariftreuegesetzes für den ÖPNV durch den VRR dargestellt werden können.

Die **SPD-Fraktion** weist im Hinblick auf die Firmierung des SozialTickets darauf hin, dass diese Diskussion insbesondere unter Datenschutzgesichtspunkten als abschließend zu bewerten ist. Eine Änderung der Firmierung auf den Trägerkarten und Wertmarken sollte nicht vorgenommen werden. In Bezug auf die finanziellen Auswirkungen des Tariftreuegesetzes für den ÖPNV ist eine kurzfristige Änderung der finanziellen Aufwendungen der Verkehrsunternehmen nicht zu erwarten, da viele Unternehmen langfristige Beauftragungen vorgenommen haben.

Die **Fahrgastverbände** fragen an, wie die Kragentarife, insbesondere in Richtung Westfalen, sich in Zukunft entwickeln werden. Der Vertreter von Pro Bahn begrüßt an dieser Stelle ausdrücklich eine Stärkung der Verbundtarife gegenüber

dem heute bestehenden NRW-Tarif.

Herr Dr. Vorgang und Herr Ponath weisen darauf hin, dass das SozialTicket weiterhin als tarifliches Angebot mit der Firmierung „SozialTicket“ vor dem Hintergrund der Tarifgenehmigung bestehen bleibt. Auf der Wertmarke ist deutlich sichtbar die Firmierung „Mein Ticket“ aufgebracht worden. Diese Kennzeichnung ist mit der Datenschutzbeauftragten des Landes NRW vereinbart worden und genügt damit den datenschutzrechtlichen Vorgaben. Die tarifliche Kennzeichnung als „SozialTicket“ mit deutlich verkleinertem Schriftbild erfolgt an unbedenklicher Stelle.

Im Hinblick auf die Auswirkungen des Tariftreuegesetzes im ÖPNV erfolgt zurzeit eine Abfrage bei den Verkehrsunternehmen. Schon jetzt ist aber erkennbar, dass die finanziellen Auswirkungen bei den Verkehrsunternehmen sich erst mit einer zeitlichen Verzögerung ab 2018 bis 2020 bei Neuausschreibungen einstellen werden. Ein vorläufiger Bericht wird in einer der nächsten Sitzungen abgegeben.

Die Weiterführung des metropolradruhr ist nach heutigem Kenntnisstand durch den privaten Anbieter sichergestellt.

Die zukünftige Ausgestaltung der Kragentarife im Hinblick auf die tarifliche Ausgestaltung in Richtung Westfalen wird insbesondere zwischen den Vertretern des westfälischen Raums und dem KCM Köln bzw. dem Land NRW geführt. Langfristiges Ziel des VRR ist es, NRW-weit den NRW-Tarif, durch eine Ertüchtigung des NRW-Relationspreissystems kompatibel zu den Verbundtarifen zu gestalten.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AÖR nimmt den Sachstandsbericht des VRR gemäß Drucksache-Nr. Z/VIII/2012/0363 einschließlich 1. Nachtrag zur Kenntnis.

3. **eTicketing-Strategie im VRR** **Vorlage: M/VIII/2012/0374**

Herr Mosblech verweist auf die Vorlage.

Die **Fahrgastverbände** betonen, dass bei der eTicketing-Strategie der Kundennutzen betont werden sollte. Hierbei gehe es nicht darum, ein heutiges PapierTicket zukünftig durch ein eTicket zu ersetzen, sondern darum, einen gerechten Preis für die Mobilitätsleistung, verbunden mit einem modernen Vertriebssystem, zu finden. Zur Beurteilung der Gesamtmaßnahme sei es schon heute notwendig, eine Kosten- und Nutzenanalyse zu erarbeiten. Die in der Vorlage genannten vertrieblichen Umstellungszeitpunkte würden eine solche Beurteilung vorwegnehmen. Eine flächendeckende Umstellung hin zu einem geschlossenen elektronischen System, auch in der ersten Stufe einer Abschaffung des Entwertersystems für den Bartarif, sei nur dann denkbar, wenn auch die Nachbarverbände ein derartiges System eingeführt hätten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** ergänzen die Ausführungen der Fahrgastverbände dahingehend, dass vor Einführung und vor der Machbarkeitsstudie die

Fragen des Datenschutzes umfänglich diskutiert und dargelegt werden sollen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, über die Vorlage gemäß Drucksache-Nr. M/VIII/2012/0374 erst in der Sitzung des Verwaltungsrates zu entscheiden. Die VRR AöR wird aufgefordert, einen Bericht zu den datenschutzrechtlichen Aspekten der eTicketing-Strategie im Verwaltungsrat vorzulegen.

Die **CDU-Fraktion** erklärt, dass der Datenschutz eine zentrale Fragestellung für das eTicketing darstellt, der zu achten ist. Entsprechende Regelungen sind in das System zu implementieren. Die CDU-Fraktion betont, dass sie den vorgestellten Pfad zur Umsetzung eines e-Ticketing im VRR befürwortet. Zentrale Fragestellungen lassen sich jedoch erst nach Erstellung der Machbarkeitsstudie und in einer Testphase bei einem Pilotunternehmen beantworten. Grundsätzlich ist das System mit dem Gedanken einer gerechten Tarifierung für den Kunden verbunden. Gleichzeitig ergeben sich auch wirtschaftliche Aspekte für die Verkehrsunternehmen. Die CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, eine Entscheidung über die Vorlage gemäß Drucksache-Nr. M/VIII/2012/0374 erst in der Sitzung des Verwaltungsrates herbeizuführen.

Die **SPD-Fraktion** erklärt, dass in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR keine Empfehlung zur Zustimmung des Verwaltungsrates zur Drucksache-Nr. M/VIII/2012/0374 abzugeben ist. Vielmehr soll lediglich eine Kenntnisnahme erfolgen. Der vorgelegte Pfad zur Umsetzung eines e-Ticketing-Systems im VRR ist nach umfangreicher Diskussion zwischen den Verkehrsunternehmen mit dem VRR und den politischen Gremien im VRR erarbeitet worden. Innerhalb dieses Entwicklungspfades sind noch viele verschiedenartige Detailfragen zu klären. Die Machbarkeitsstudie dient in diesem Zusammenhang dazu, diese Detailfragen zu beantworten. Erst nach einer positiven Bewertung, die u.a. Fragen der Wirtschaftlichkeit, der technischen Umsetzung und des Datenschutzes beinhaltet, kann ein abschließendes positives Votum zur Umsetzung abgegeben werden. Sollten sich im Laufe des Prozesses Fragen ergeben, die eine Veränderung des Zeitplanes bewirken, so kann zu jedem Zeitpunkt eine Änderung des Pfades herbeigeführt werden. Die SPD-Fraktion betont ausdrücklich, dass sie sich mit dem vorgestellten Entwicklungspfad einverstanden erklärt.

Herr Dr. Vorgang betont, dass der Auftrag an die VRR AöR und die Verkehrsunternehmen, die Möglichkeit einer Umsetzung eines e-Ticketing-Systems mittels einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, weiterhin besteht. Gleichzeitig zeigt die Vorlage gemäß Drucksache-Nr. M/VIII/2012/0374 einen Fahrplan zur Umsetzung eines e-Ticketingsystems im VRR auf, der jederzeit angepasst und revidiert werden kann, sollten sich wesentliche Bedingungen ändern. Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie wird eine Entscheidung über die Durchführung eines Piloten herbeizuführen sein. Herr Dr. Vorgang sagt zu, die Fragen, die in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR aufgeworfen wurden, im weiteren Verlauf des Sitzungsblocks zu beantworten.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt die Vorlage des VRR gemäß Drucksache-Nr. M/VIII/2012/0374 zur Kenntnis.

4. Anfragen und Mitteilungen

Keine

Herr Mosblech schließt die öffentliche Sitzung.



Volker Mosblech
Vorsitzender



Thomas Schäfer
Schriftführer